

Kleine Anfrage

der Abg. Beate Fauser FDP/DVP

und

Antwort

des Ministeriums für Arbeit und Soziales

Gesundheitsprävention für Beamte

Kleine Anfrage

Ich frage die Landesregierung:

1. Welche Präventionsmaßnahmen sollen für die Beamten in Zukunft zusätzlich ergriffen werden?
2. Wie häufig können Beamte/Beamtinnen zukünftig eine Kur wahrnehmen?
3. Wie wird dieses finanziell verrechnet, welche zusätzlichen Belastungen sind für die Beihilfe zu erwarten?
4. Sind diese Präventionsmaßnahmen mit denen „normaler Arbeitnehmer“ zu vergleichen?

15. 06. 2009

Fauser FDP/DVP

Antwort

Mit Schreiben vom 30. Juni 2009 Nr. 11-0141.5/14/4625 beantwortet das Ministerium für Arbeit und Soziales im Einvernehmen mit dem Finanzministerium und dem Ministerium für Kultus, Jugend und Sport die Kleine Anfrage wie folgt:

Ich frage die Landesregierung:

1. Welche Präventionsmaßnahmen sollen für die Beamten in Zukunft zusätzlich ergriffen werden?

Maßnahmen zur Gesundheitsprävention von Beschäftigten in der Landesverwaltung werden im Rahmen des betrieblichen Gesundheitsmanagements in der jeweiligen Dienststelle durchgeführt. Umfang und Inhalt der dabei angebotenen Maßnahmen variieren stark und richten sich u. a. nach den spezifischen Erfordernissen vor Ort und dem konkreten Bedarf der Beschäftigten.

Neben den spezifischen Maßnahmen des betrieblichen Gesundheitsmanagements sind auch im Rahmen des Beihilferechts neue Verordnungsregelungen zur Gesundheitsprävention vorgesehen. Durch das GKV-Wettbewerbsstärkungsgesetz (GKV-WSG) sind Leistungen für Schutzimpfungen seit dem 1. April 2007 Pflichtleistungen der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV). Diese Rechtsänderung wurde im Bereich der Beihilfe durch die Neuregelung des § 10 Abs. 4 BVO nachgezeichnet. Grundsätzliche Voraussetzung für die Beihilfefähigkeit der jeweiligen Schutzimpfung ist das Vorliegen einer Schutzimpfung, die aufgrund des Infektionsschutzgesetzes angeordnet oder von der obersten Gesundheitsbehörde des Landes öffentlich empfohlen wurde.

Satz 2 des § 10 Abs. 4 BVO räumt die Möglichkeit einer vollständigen Kostenübernahme einer Impfkation in einer Dienststelle ein, wenn dies kostengünstiger als Beihilfe zu privatärztlichen Einzelimpfungen ist.

Spezielle Ansätze zur Gesundheitsprävention bestehen für die Berufsgruppe der Lehrerinnen und Lehrer. Unter der Leitung von Kultusstaatssekretär Georg Wacker MdL hatte das Kultusministerium die Arbeitsgruppe „Lehrergesundheit“ eingerichtet. Ihr gehörten unter anderem der Vorsitzende des Beamtenbundes Baden-Württemberg, Volker Stich, und der ehemalige Vorsitzende der GEW, Rainer Dahlem, an. Für das Finanzministerium nahm die Ministerialdirektorin Dr. Gisela Meister-Scheufelen teil. Ziel der Arbeitsgruppe war es unter anderem, Maßnahmen zu entwickeln, mit denen Lehrkräfte länger gesund im Dienst gehalten werden können.

2. Wie häufig können Beamte/Beamtinnen zukünftig eine Kur wahrnehmen?

3. Wie wird dieses finanziell verrechnet, welche zusätzlichen Belastungen sind für die Beihilfe zu erwarten?

Nach Mitteilung des Finanzministeriums ist im Rahmen der Gesundheitsprävention für Beamte nicht vorgesehen, zukünftig mehr Kurmöglichkeiten zu schaffen oder die beihilferechtlichen Voraussetzungen von Kuren zu erleichtern.

Zusätzliche finanzielle Belastungen im Rahmen der Beihilfe sind daher nicht zu erwarten.

4. Sind diese Präventionsmaßnahmen mit denen „normaler Arbeitnehmer“ zu vergleichen?

Dem Ministerium für Arbeit und Soziales sind keine Fälle in der Landesverwaltung bekannt, in denen Maßnahmen des betrieblichen Gesundheitsmanagements für den Beamtenbereich nicht mit denen des Arbeitnehmerbereichs vergleichbar wären. Ggfs. unterschiedliche Rahmenbedingungen bei den Beamtinnen und Beamten auf der einen und Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern auf der anderen Seite bei Präventionsmaßnahmen der Beihilfe bzw. der gesetzlichen Krankenversicherung sind systembedingt.

Dr. Stolz
Ministerin für Arbeit und Soziales